

Sorge und Mitverantwortung in der Kommune Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung

Dr. Christine Hagen

13. Februar 2017

Arbeitskreis „Altern und Gesundheit“, Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.

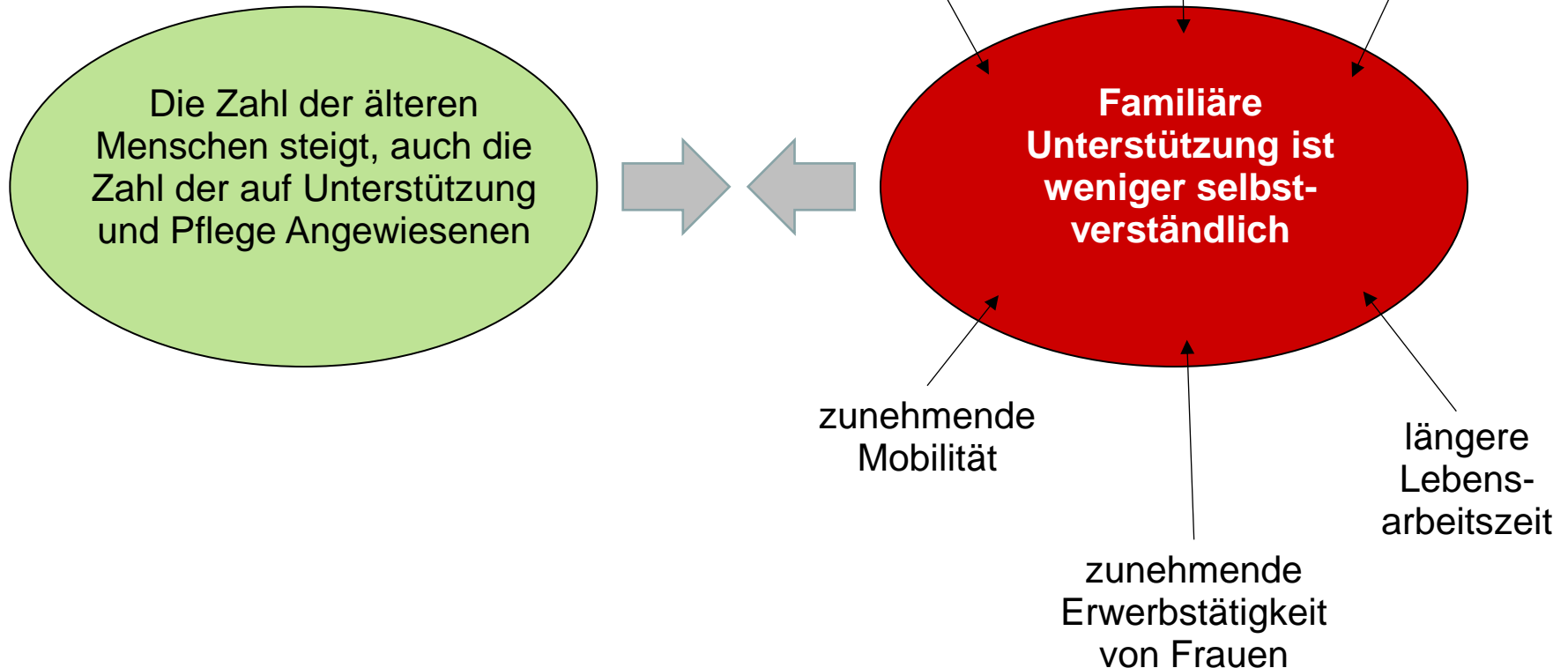
Gliederung

1. Ausgangslage und Berichtsauftrag
2. Sorgestrukturen
3. Themen des Berichtes
4. Fokus: Gesundheitliche Versorgung
5. Ausblick

Gliederung

1. Ausgangslage und Berichtsauftrag
2. Sorgestrukturen
3. Themen des Berichtes
4. Fokus: Gesundheitliche Versorgung
5. Ausblick

Ausgangslage



Ausgangslage

Die bisherigen Arrangements der Versorgung und Pflege für ältere Menschen können nicht einfach fortgeschrieben werden.



Aufgaben auf mehr Schultern verteilen,
Versorgungsstrukturen neu ordnen

Auftrag und Fragen an die Kommission

- ➔ Welche lokalen Strukturen können gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen sichern?
- ➔ Unter welchen Bedingungen und auf welche Weise können Strukturen der Sorge und Mitverantwortung ausgebaut werden?

Titel des Siebten Altenberichts:

Sorge und Mitverantwortung in der Kommune.
Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften

Mitglieder der Kommission

Prof. Dr. Andreas Kruse (Psychologie und Gerontologie)

Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber (Stadt- und Regionalplanung)

Prof. Dr. Monika Alisch (Soziologie)

Prof. Dr. Peter Dehne (Planungs- und Baurecht)

Prof. Dr. Rolf Heinze (Soziologie)

Prof. Dr. jur. Thomas Klie (Rechts- und Verwaltungswissenschaft)

Prof. Dr. Susanne Kümpers (Gesundheitsforschung und Public Health)

Wilhelm Schmidt (AWO-Bundesverband)

Prof. Dr. Wolfgang Schuster (Oberbürgermeister a.D. Stuttgart)

Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer (Psychologie und Gerontologie)

Prof. Dr. Kerstin Wessig (Medizin)

Gliederung

1. Ausgangslage und Berichtsauftrag
2. **Sorgestrukturen**
3. Themen des Berichtes
4. Fokus: Gesundheitliche Versorgung
5. Ausblick

Der Begriff „sorgende Gemeinschaft“

- seit Ende der Nuller Jahre ist der Begriff im Umlauf
- von der Politik schnell aufgegriffen:
 - Demografiestrategie,
 - Koalitionsvertrag,
 - BMFSFJ,
 - Achter Familienbericht
- verbreitet sich auch in der Praxis und setzt sich fest

Der Charme der Idee „sorgende Gemeinschaft“

Sorgende Gemeinschaft...

Mobilisierung von sozialen
Netzwerken und Freiwilligen

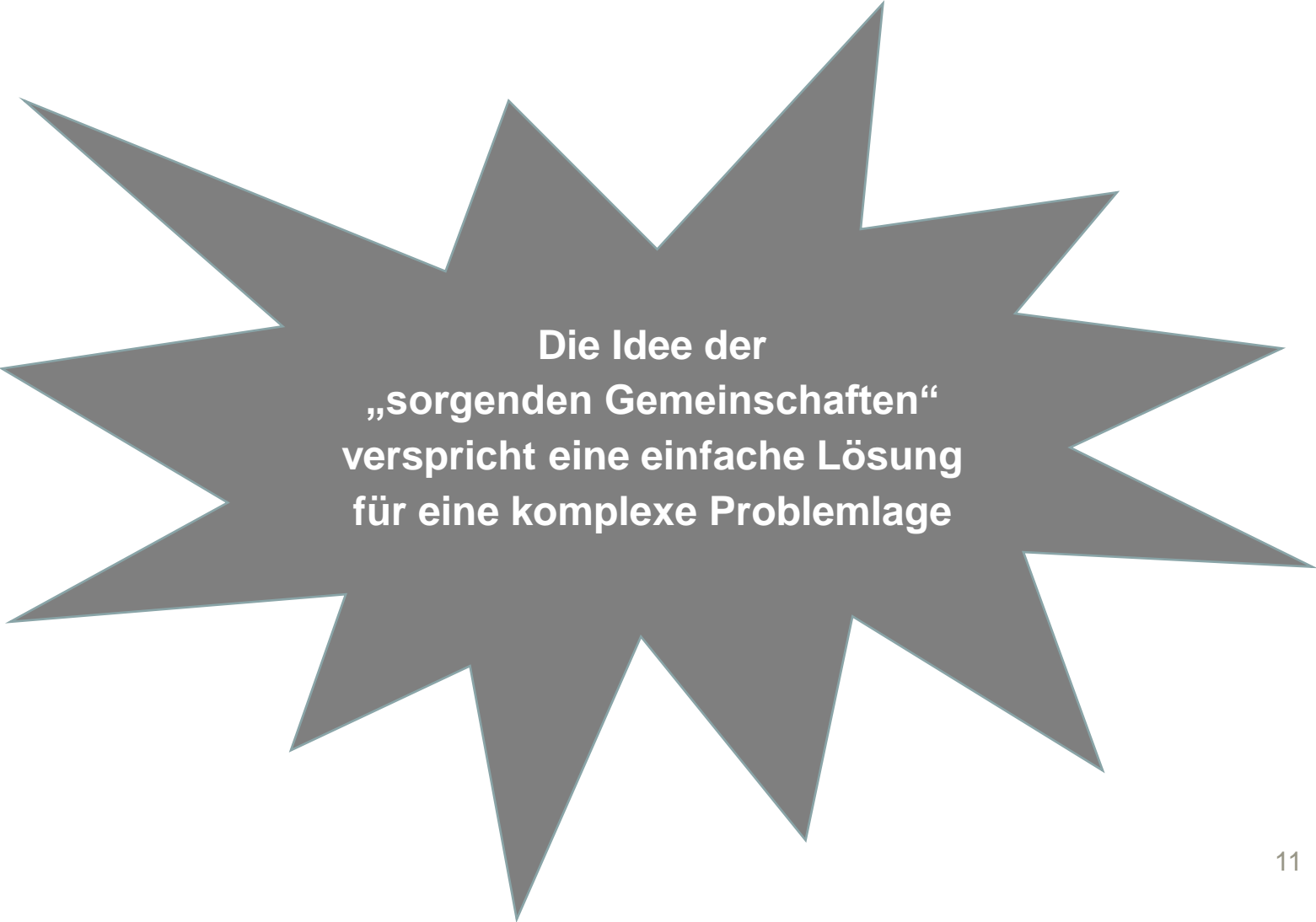
informelle Hilfe

ganzheitliche Hinwendung
zum Menschen

lokale Organisation

Übersichtlichkeit

Der Charme der Idee „sorgende Gemeinschaft“



**Die Idee der
„sorgenden Gemeinschaften“
verspricht eine einfache Lösung
für eine komplexe Problemlage**

„Gemeinschaften“ versus „Sorgestrukturen“

Vorbehalte gegen „Gemeinschaft“:

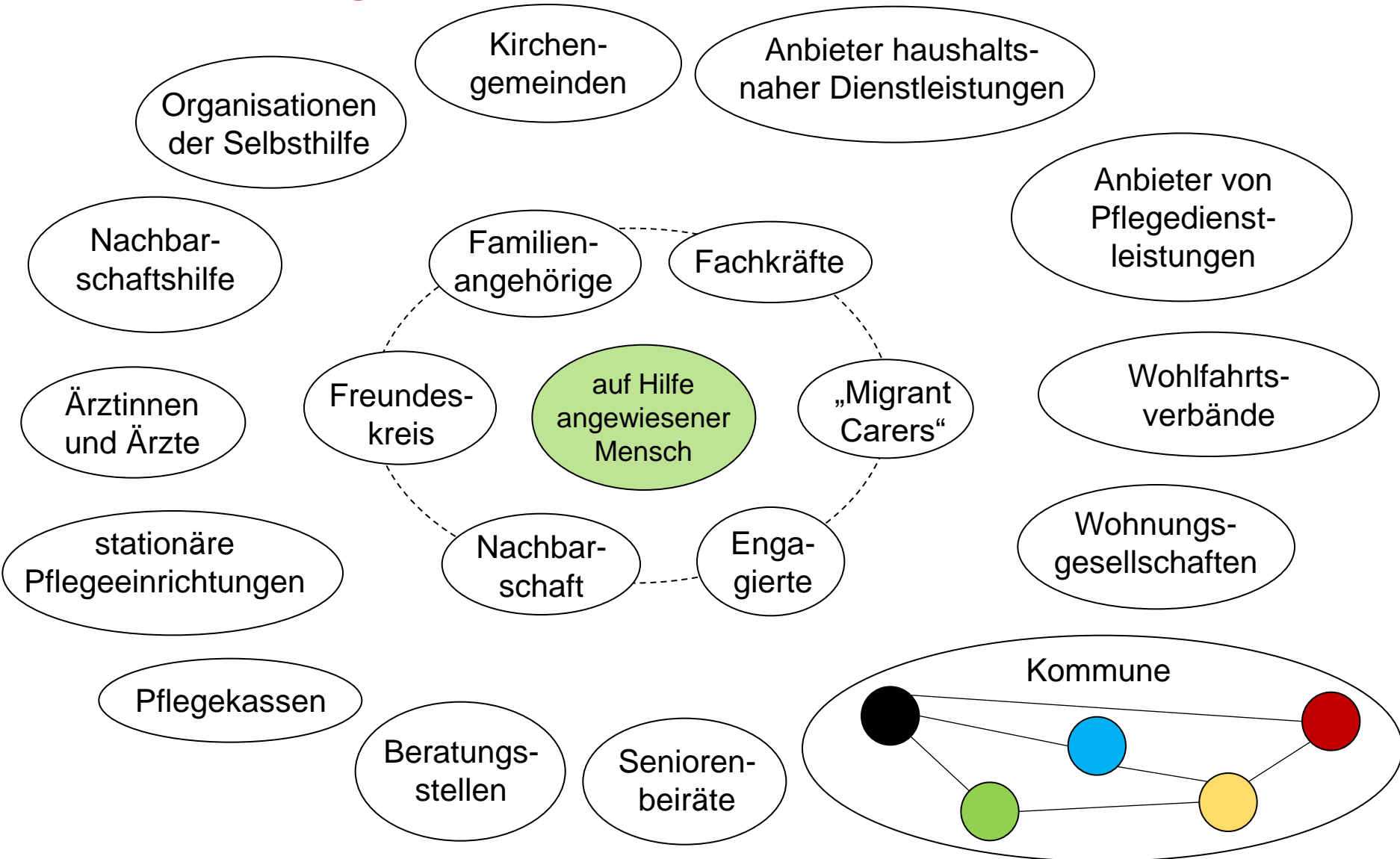
1. welche Gemeinschaft ist gemeint?
2. mehr normativ als analytisch
3. Verklärung von Gemeinschaft
4. **Mit dem Begriff nicht angesprochen: rahmende Strukturen und die Verantwortung der öffentlichen Hand**



Im Siebten Altenbericht in den Hintergrund gerückt

Stattdessen: **Sorgestrukturen**

Hilfearrangement und Wohlfahrtsmix



Gliederung

1. Ausgangslage und Berichtsauftrag
2. Sorgestrukturen
- 3. Themen des Berichtes**
4. Fokus: Gesundheitliche Versorgung
5. Ausblick

Themen des Siebten Altenberichts

Leitgedanken

Ältere Menschen: sorgend und umsorgt

Teilhabe

Generationenübergreifende Perspektive

Geschlechtergerechtigkeit

Grundsätzliche Überlegungen

Daseinsvorsorge

Neue Subsidiarität

Soziale Ungleichheit

Regionale Disparitäten

Handlungsfelder

Vernetzung und Kooperation

Gesund-
heitliche
Versor-
gung

Pflege-
rische
Versorg-
ung

Wohnen
und
Wohn-
umfeld

Stärkung der Rolle der Kommunen

Gliederung

1. Ausgangslage und Berichtsauftrag
2. Sorgestrukturen
3. Themen des Berichtes
4. Fokus: Gesundheitliche Versorgung
5. Ausblick

Fokus und Themen

Verständnis von Gesundheitsversorgung

- Als sozialstaatliche Aufgabe
- Medizinische Versorgung, Gesundheitsförderung, Prävention, Rehabilitation, Palliation
- Teilhabechancen
- Selbst- und Mitverantwortliche Lebensführung

Themen

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung im ambulanten und stationären Bereich
- Fehlanreize und Schnittstellenprobleme
- Innovative sektorübergreifende Strukturen
- Vernetzung und Kooperation verschiedener Akteure

Empfehlung

Stärkung der Steuerungskompetenz der Kommunen

Ausbau kommunaler Verantwortung bei Bedarfsplanung im stationären und ambulanten Bereich

- Ambulanter Versorgung:
 - Gesetzliche Festschreibung der Mitverantwortung
 - Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen (Bedarfsplanung, Ärzterwerbung, Standortmarketing etc.)
 - Bessere Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen durch kleinere Planungsgebiete (verbindliche Definition von Wohnortnähe)
 - Ausstattung der Kommunen mit entsprechenden Kompetenzen

Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit

Empfehlung **Integrierte Versorgungskonzepte**

Sektorübergreifende Bedarfsplanung und Versorgung

Aufbau von medizinischen Versorgungszentren

- Sicherung der Erreichbarkeit
- Nutzung und Ausbau der Telemedizin

Etablierung innovativer Versorgungskonzepte (z.B. Praxis-Sharing)

Vernetzung von Angeboten

Zusammenarbeit von Ärztinnen und Ärzten mit anderen Gesundheitsberufen

Stärkung der Bürgerbeteiligung (Bedarfe, Hilfe)

Empfehlung

Abbau von Versorgungslücken in ländlichen Regionen

Mehr Einfluss der Kommunen auf Niederlassungsverhalten von Ärztinnen und Ärzten

- Investitions- und Honorarzuschüsse
- Unterstützung bei Praxisstandorten, Wohnraum, Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen (bspw. familienkompatible Arbeitszeiten)
- Nachwuchsförderung (bspw. Stipendien mit Verpflichtungen im ländlichen Raum zu praktizieren)

Mehr Möglichkeiten ärztliche Tätigkeiten zu delegieren und zu substituieren

Empfehlung **Ökonomisierung entgegenwirken**

Finanzielle Mittel sind so zu verteilen, dass Behandlung älterer Menschen sichergestellt ist

- Rationierung birgt Gefahr, dass gegen Patientenrechte und Menschenwürde verstoßen wird

Mehr finanzielle Ressourcen insbesondere in den Bereichen der rehabilitativen und palliativen Versorgung

Empfehlung **Ausbau von Präventions- und Rehabilitationsangeboten sowie** **Palliativversorgung**

Rehabilitationsverfahren vereinfachen

Mobile Rehabilitation stärken

Fehlanreize und Schnittstellenprobleme beheben

- Bspw. Pflegeversicherung als Rehaträger, Integration in SGB IX

Ausbau geriatrischer Expertise

Empfehlung

Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung und primäre Prävention stärken

Kooperation zwischen relevanten Akteuren

Etablierung von regionalen Gesundheits- und Pflegekonferenzen

(Kommunen koordinieren)

Fehlanreize und Schnittstellen beheben

(diejenigen, die von einer gesünderen Bevölkerung profitieren, sollten auch Kosten übernehmen)

Empfehlung **Berücksichtigung sozialer Ungleichheit**

Sicherung eines bedarfsgerechten Zugangs zu Versorgungsleistungen

Ausbau von diversitätsfreundlicheren Strukturen und Kompetenzen

- Soziokulturelle Unterschiede und besondere Bedarfe erkennen und respektieren
- Kompetenzen für personenorientierte und kultursensible Ansprache der Patientinnen und Patienten

Ausbau geriatrischer Expertise

Gliederung

1. Ausgangslage und Berichtsauftrag
2. Sorgestrukturen
3. Themen des Berichtes
4. Fokus: Gesundheitliche Versorgung
5. Ausblick

Wie geht es weiter?

- Was kann der Siebte Altenbericht leisten?
 - Anregungen geben
 - Diskussionen vorantreiben
 - Fragen aufwerfen

- Sinnvoll und nötig wären:
 - Reaktionen und Stellungnahmen
 - Konkretisierungen



Sorgende Gemeinde werden

Sorge und Mitverantwortung fördern
Aufgaben für Gesellschaft und Kirche

*Positionspapier der EAfA zum Siebten Altenbericht:
„Sorge und Mitverantwortung in der Kommune –
Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“*





„Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“

Stellungnahme der BAGSO zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung*

Vorbemerkung

In der ersten Novemberhälfte 2016 wurde der Siebte Bericht zur Lage der älteren Generation veröffentlicht. Der sog. Siebte Altenbericht besteht aus dem – mehrere hundert Seiten umfassenden – Bericht einer weisungsunabhängigen 11-köpfigen Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz des Heidelberger Gerontologen Prof. Dr. Andreas Kruse und einer am 2. November 2016 vom Kabinett beschlossenen etwa 40-seitigen Stellungnahme der Bundesregierung.

Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berufene Sachverständigenkommission hatte den Auftrag, Merkmale einer „zeitgemäßen, aktivierenden lokalen Seniorenpolitik“ herauszuarbeiten. Der Titel des Berichts lautet „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“.

* Der Bericht ist seit dem 11. November 2016 als Bundestags-Drucksache 18/10210 veröffentlicht. Nähere Informationen unter: <https://www.siebter-altenbericht.de/>

Herausgeber
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen e.V.
(BAGSO)
Thomas-Mann-Str. 2-4
53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 0
Fax: 02 28 / 24 99 93 20
E-Mail: kontakt@bagso.de
www.bagso.de

Die BAGSO vertritt über ihre mehr
als 110 Mitgliedsorganisationen
etwa 13 Millionen ältere Menschen
in Deutschland.

Weitere Informationen unter
www.bagso.de

www.siebter-altenbericht.de

Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung

Sorge und Mitverantwortung in der Kommune -
Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften

Sie sind hier: [Startseite](#)

Startseite

[Der Siebte Altenbericht](#)

[Positionen und Stellungnahmen](#)

[Expertisen zum Siebten Altenbericht](#)

[Sachverständigenkommission](#)

[Veranstaltungen und Vorträge](#)

[Geschäftsstelle](#)

[Die bisherigen Altenberichte](#)

[Login](#)

Suchbegriff



Aktuelles

Konferenz zum Siebten Altenbericht am 4. April 2017 in Berlin

Im Siebten Altenbericht der Bundesregierung "Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften" wird erörtert, an welche lokalen Voraussetzungen die gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben älterer Menschen geknüpft sind. Es wird aufgezeigt, unter welchen Bedingungen und mit welchen Maßnahmen die Kommunen und die lokale Politik Strukturen der Sorge und der Mitverantwortung aufbauen und gestalten können. Die Ausführungen im Bericht münden in Empfehlungen, von denen die meisten an die Politik von Bund, Ländern und Kommunen gerichtet sind.

Am 4. April 2017 werden die Empfehlungen der Siebten Altenberichtscommission auf einer Konferenz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Diskussion gestellt. Die Konferenz steht unter dem Titel "Kommunen in der alternden Gesellschaft - Empfehlungen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung". Auf der Veranstaltung präsentieren Mitglieder der Sachverständigenkommission zentrale Befunde und Empfehlungen des Berichts. Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände nehmen dazu Stellung, außerdem wird im Rahmen einer Podiumsdiskussion die Umsetzung der Empfehlungen erörtert. Anhand verschiedener Praxisbeispiele werden die Möglichkeiten und Herausforderungen einer zeitgemäßen lokalen Politik für ältere Menschen und mit älteren Menschen veranschaulicht und konkretisiert.

Zusammenfassende Broschüre



Vielen Dank!

Dr. Christine Hagen
Christine.Hagen@dza.de

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

**Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik
Deutschland**
**Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und
Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften**
und
Stellungnahme der Bundesregierung

Inhaltsübersicht	Seite
Stellungnahme der Bundesregierung	
A. Berichtsauftrag.....	IV
B. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune.....	V
C. Altenberichterstattung.....	XXX
Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland	
Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften	1
Abbildungsverzeichnis.....	7
Tabellenverzeichnis.....	8
Vorwort.....	11
1. Einleitung.....	20
2. Daseinsvorsorge und kommunale Verantwortung.....	28
3. Subsidiarität als Ordnungsrahmen für lokale Strukturen und Netzwerke.....	44



Empfehlungen (Vernetzung und Kooperation)

- Die Aufgabe der Kommunen im Rahmen der Koproduktion von Daseinsvorsorge ist zu großen Teilen **Management, Vernetzung und Ermöglichung**. Bund und Länder müssen dafür die Kommunen mit den nötigen Kompetenzen ausstatten und die rechtlichen, finanziellen und institutionellen Rahmenbedingungen schaffen.
- Tragfähige Sorgearrangements leben von einem **Ineinandergreifen unterschiedlicher Hilfen**. Segmentierte Hilfen sind zu überwinden, es muss in **wohlfahrtspluralistische Hilfearrangements** investiert werden.
- In einem Leitgesetz zur Stärkung einer Politik für ältere und mit älteren Menschen sollte eine Politik für aktive Teilhabe und Hilfen von älteren und für ältere Menschen zu einem **kohärenten Politikansatz** entwickelt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die kompetenzrechtlichen Voraussetzungen für ein solches Gesetzesvorhaben zu prüfen und zu klären.

Empfehlungen (Stärkung der Kommunen)

- Die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen sollen mit Hilfe eines Daseinsvorsorgeprogramms von Bund und Ländern erweitert werden. Damit gilt es, **die besondere Verantwortung der Kommunen** für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge und für ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter **zu stärken**. [...] Denkbar ist eine Finanzierung über eine neue Gemeinschaftsaufgabe Daseinsvorsorge für strukturschwache Kommunen.
- Im Sinne einer „verörtlichten Sozialpolitik“ ist den Kommunen **ein größerer Einfluss** bei der Ausgestaltung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge einzuräumen. Dies gilt auch in den Feldern, in denen insbesondere die Sozialversicherungen eine starke und dominierende Rolle einnehmen: Im Gesundheitswesen und in der Langzeitpflege.